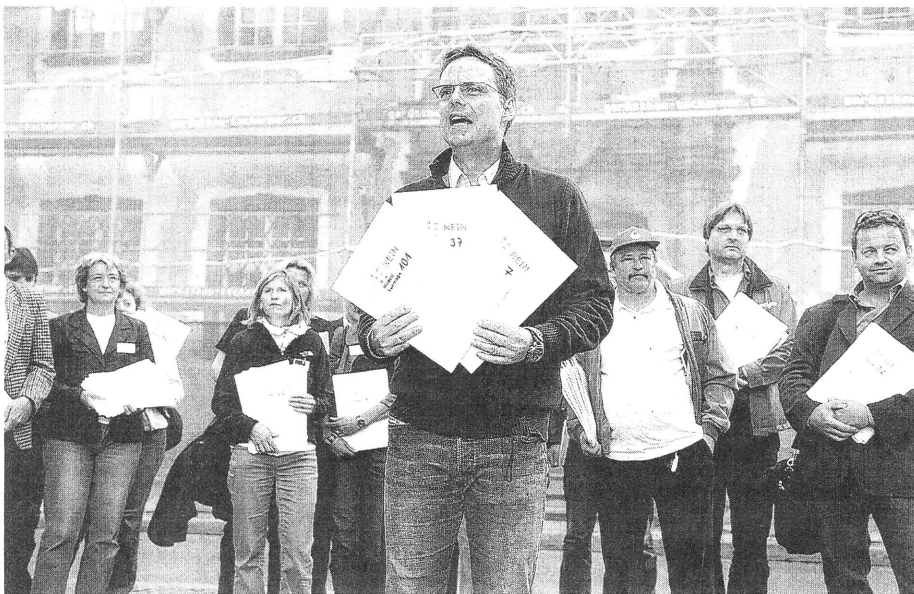


# 6500 Unterschriften gegen die Bündner NFA



Der Widerstand wächst: Patrik Degiacomi, einer der Sprecher des Referendumskomitees «Nein zur Bündner NFA», erläutert auf dem Regierungsplatz nochmals die Gründe, die gegen die NFA sprechen. Bild Tamara Defilla

**Das Referendum gegen die Bündner NFA steht: Fast 6500 Personen haben das vom Komitee «Nein zur Bündner NFA» ergriffene Volksbegehren unterstützt. Damit kommt die NFA definitiv vors Volk – offen ist, wann dies der Fall sein wird.**

Von Peter Simmen

Chur. – 1500 Unterschriften von stimmberechtigten Personen sind nötig für das Zustandekommen des Referendums zu einer vom Grossen Rat verabschiedeten Vorlage. Dieses Soll haben die Gegner der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) um mehr als das Dreifache übertroffen: 6470 beglaubigte Unterschriften übergab das Referendumskomitee gestern – zwei Tage vor Ablauf der 90-tägigen Referendumsfrist – auf dem Regierungsplatz in Chur der Standeskanzlei.

Die Vertreter der 18 im Komitee engagierten Verbände und Organisationen sprachen denn auch von einem «Freudentag für Graubünden» und von einem breiten Widerstand gegen die NFA, der bei der Bevölkerung spürbar sei. Sie riefen die Behörden dazu auf, den Widerstand der Bevölkerung ernst zu nehmen.

## «Volk will mitbestimmen»

Die Bevölkerung lasse sich vom Grossen Rat nicht den Mund verbieten, sagte Patrik Degiacomi, Präsident von Avenir Social Graubünden und einer

der Sprecher des Komitees, in Anspielung auf die Weigerung des Kantonsparlaments, die grosse Reformvorlage von sich aus dem Volk vorzulegen. Mit der «riesigen Anzahl» an Unterschriften habe das Volk klargemacht, dass es bei dieser wichtigen Vorlage mitreden wolle.

Das Ergebnis der Unterschriften-sammlung übertreffe die Erwartungen des Komitees bei weitem, sagte Thomas Hensel von der Gewerkschaft VPOD. Wie vom Komitee erwartet, habe sich der Start der Unterschriften-sammlung, der mit dem Beginn der Sommerferien zusammengefallen sei, als grosses Handicap erwiesen. Die meisten der beteiligten Organisationen hätten ihre Mitglieder erst in den letzten drei Wochen vor Ablauf der internen Sammelfrist am 1. September mit den Unterlagen bedienen können. Am 17. August, zwei Wochen vor Ablauf dieser Frist, seien erst etwa 500 Unterschriften beisammen gewesen. So Hensel. Dann aber sei alles sehr rasch gegangen und das Sekretariat sei richtiggehend mit ausgefüllten Unterschriftenbogen überflutet worden.

## Regional breit abgestützt

Die von Hensel präsentierten detaillierten Zahlen der Unterschriften-sammlung zeigen, dass der Widerstand gegen die NFA breit abgestützt ist. In gut 150 Gemeinden, verteilt über das ganze Kantonsgebiet, wurden Unterschriften gesammelt. Dies zeige, dass sich die Bevölkerung im ganzen Kanton betroffen fühle. Gabriela Aschwanden, Präsidentin des Schulbehördeverbands, sieht in der

grossen Anzahl Unterschriften den Beweis dafür, dass sich die Bevölkerung Sorgen macht um die Schule. Die bewährten Strukturen dürften nicht ohne Not zerstört werden, die Schule müsse eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden bleiben.

Die Bündner SP, die als einzige Partei das Referendum unterstützt, zeigte sich in einer Stellungnahme erfreut über die «rekordverdächtige» Anzahl Unterschriften. Für die SP ist insbesondere die in der NFA vorgesehene Kommunalisierung des Schul- und Sozialwesens inakzeptabel.

## Abstimmungstermin offen

Noch immer Unklarheit herrscht bezüglich des Abstimmungstermins. Grund sind die zwei vor Verwaltungsgericht hängigen Verfassungsbeschwerden gegen die NFA (Ausgabe vom Sonntag). Regierungsrat Martin Schmid bestätigte gestern auf Anfrage, dass die Regierung allerspätestens am 6. Oktober darüber entscheiden müsse, ob die Abstimmung wie vorgesehen am 29. November stattfinden könne. Gegenüber der «Südostschweiz am Sonntag» hatte der Präsident des Verwaltungsgerichts aber durchblicken lassen, dass die Urteile bis dann nicht vorliegen werden. Wenn dem tatsächlich so sei, müsse die Abstimmung auf nächstes Jahr verschoben werden, sagte Regierungsrat Schmid gestern. Da die Regierung im Rechtsstreit Partei sei, habe sie mit dem Gericht aber keinen Kontakt, auch nicht was den Termin des Urteils betreffe.

## KOMMENTAR

### NOCHMAL ZURÜCK AN DEN START

Von Peter Simmen

Die Bündner NFA, das äusserst ambitionöse Reformpaket zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, hat kaum noch Überlebenschancen. Zumindest in der momentan vorliegenden Form. Das dürfte gestern auch der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rates klar geworden sein. Wenn es einem parteiunabhängigen Komitee gelingen kann, ohne grosses Tamtam innerhalb von nur zwei oder drei Wochen fast 6000 Unterschriften gegen eine derart komplexe Vorlage zu sammeln, braucht man sich gar nicht mehr gross zu bemühen, das Unbehagen des Volks in Worte fassen zu wollen. Die Zahlen sprechen für sich. Noch mehr Unterschriften kamen lediglich beim Referendum gegen das Jagdgesetz zusammen – unter Anwendung äusserst fragwürdiger Methoden.

**Monströse Abstimmungspakete**, wie die NFA nun mal eines ist, haben vor dem Volk generell einen schweren Stand. Dass die Politiker dennoch immer wieder versuchen, die Bevölkerung mit dieser Taktik über den Tisch zu ziehen, erstaunt. Für die Annahme, dass die NFA beim Volk keine Chancen haben wird, sprechen noch zwei andere triftige Gründe: Der Widerstand gegen die NFA ist dermassen breit abgestützt wie nie in einer Referendumsabstimmung in den letzten Jahren. Und die zentralen Themen, welche die NFA-Gegner in den Vordergrund rücken, haben gerade in Krisenzeiten eine noch stärkere Bedeutung. Der mit der Reform drohende Qualitätsabbau im Bildungs- und Sozialwesen dürfte beim Volk selbst in guten Zeiten einen schweren Stand haben – das zu Recht.

**Zu all den inhaltlichen Bedenken** kommen jetzt noch die Diskussionen um die Verfassungsmässigkeit der Vorlage und die Unsicherheit bezüglich des Abstimmungstermins. Die Regierung könnte dies doch zum Anlass nehmen, den NFA-Zug zu stoppen, bevor er entgleist. Und sie könnte in einem zweiten Anlauf den Kritikern von Beginn an das für das Gelingen des Projekts notwendige Gehör schenken.

psimmen@suedostschweiz.ch